

Schleswig-Holsteinischer Landtag
Umdruck 17/1801

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Petitionsausschuss
Die Vorsitzende



Schleswig-Holsteinischer Landtag • Postfach 7121 • 24171 Kiel

Vorsitzender des Innen- und Rechtsausschusses
des Schleswig-Holsteinischen Landtages
über L 215

im Hause

Ihr Zeichen:
Ihre Nachricht vom:

Mein Zeichen: L146-17/800
Meine Nachricht vom:

Bearbeiter/in: Anke Pfitzner

Telefon (0431) 988 1024
Telefax (0431) 988-1017
Anke.Pfitzner@landtag.ltsh.de

24.01.2011

Petition L146-17/800 ff.
Strafvollzug; JVA Flensburg

Sehr geehrter Herr Rother,

der Petitionsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages hat in seiner Sitzung am 18.01.2011 den beiliegenden Beschluss zur Massenpetition gegen die Schließung der Justizvollzugsanstalt Flensburg gefasst. Ich bitte um Kenntnismahme.

Mit freundlichen Grüßen
Im Auftrag


Vera Fischer



Gegenstand: Strafvollzug; JVA Flensburg
Sitzung am: 18.01.2011

Beschluss

Der Petitionsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages hat die Massenpetition zum Erhalt der Justizvollzugsanstalt (JVA) Flensburg auf der Grundlage der von den Petenten vorgebrachten Gesichtspunkte beraten. Als weitere Beratungsgrundlagen hat der Ausschuss das Ergebnis seines Besuchs der JVA Flensburg und zwei Stellungnahmen des Ministeriums für Justiz, Gleichstellung und Integration hinzugezogen.

Mit Beschluss vom 26.10.2010 hat der Petitionsausschuss den Innen- und Rechtsausschuss sowie den Finanzausschuss über die 77 eingegangenen Petitionen unterrichtet. In gemeinsamer Sitzung am 1. Dezember 2010 haben sich der Petitionsausschuss und der Innen- und Rechtsausschuss durch den Minister für Justiz, Gleichstellung und Integration über die Lage der Justizvollzugsanstalten in Schleswig-Holstein, insbesondere in Bezug auf die Zukunft der Justizvollzugsanstalten in Flensburg und Itzehoe sowie über die hierzu erstellten Wirtschaftlichkeitsberechnungen unterrichten lassen. Außerdem haben die Ausschüsse ein Gespräch mit Vertretern der Gewerkschaft der Polizei, Regionalgruppe Justizvollzug, und des Bundes der Strafvollzugsbediensteten, Landesverband Schleswig-Holstein, geführt.

Der Petitionsausschuss stellt fest, dass eine kurzfristige Entscheidung für eine Schließung der Justizvollzugsanstalt Flensburg keine parlamentarische Mehrheit im Schleswig-Holsteinischen Landtag gefunden hat. Die Landesregierung wurde am 15.12.2010 vom Parlament aufgefordert, keine finanzwirksamen Maßnahmen zur Schließung der JVA Flensburg einzuleiten. Vor Einleitung finanzwirksamer Maßnahmen zur Schließung der JVA Flensburg sowie der JVA Itzehoe ist der Finanzausschuss zu beteiligen.

Diese Entwicklung wird vom Petitionsausschuss ausdrücklich begrüßt. Sie bietet nunmehr Raum, die Wirtschaftlichkeitserwägungen des Justizministeriums parlamentarisch zu überprüfen. Der Petitionsausschuss empfiehlt der Landesregierung, in ihre konzeptionellen Planungen zur Erreichung von Einsparzielen die Betroffenen sowie die im Raum stehenden Alternativen unter Berücksichtigung aller Strafvollzugseinrichtungen im Lande einzubeziehen.

Der Ausschuss teilt die Auffassung der Petenten, dass durch eine Schließung der JVA Flensburg die Resozialisierungsbedingungen durch erschwerte soziale Kontakte zu den Angehörigen sowie den Verlust von Arbeitsplätzen verschlechtert würden. Im Sinne einer möglichst breiten Akzeptanz hält er es zudem für erforderlich, die Entscheidungsfindung für die Betroffenen transparent zu gestalten.

Der Petent der Leitpetition erhält eine Ausfertigung des Beschlusses zur Information über die Art der Erledigung der Petition. Der Ausschuss beschließt, die weiteren Einzelbenachrichtigungen durch Bekanntmachung im Internetportal des Landtages zu ersetzen und stellt der Leitung der Justizvollzugsanstalt Flensburg eine Ausfertigung des Beschlusses zur Verfügung, mit der Bitte, diesen durch Aushang in der Anstalt bekannt zu geben.

Der Innen- und Rechtsausschuss des Schleswig-Holsteinischen Landtages erhält eine Ausfertigung des Beschlusses zur Kenntnis. Die Beratung der Massenpetition wird damit abgeschlossen.

Ausfertigung im Auftrag
der Ausschussvorsitzenden

Kiel, 20.1.2011

V. Fische